

Geschäftsführung:
Fachdienst Schule und Sport

**Niederschrift
über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Schulausschusses der Stadt
Lüdenscheid
am Freitag, dem 11.11.2022,
im Ratssaal**

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 17:43 Uhr

Anwesend:

Vorsitz:

Ratsfrau Verena Szermerski-Kasperek SPD

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsfrau Nicole Schulte	SPD	
Ratsherr Norbert Adam	CDU	
Ratsfrau Gesthimani Demirtzoglou	CDU	
Ratsfrau Brunhilde Gromball	FDP	
Ratsherr Michael Meyer	CDU	
Ratsfrau Elisabeth Siebensohn	CDU	
Ratsherr Andreas Stach	Bündnis 90/Die Grünen	
Ratsfrau Anja Tadday-Schlichting	CDU	
Ratsherr Jens Voß	SPD	in Vertretung für Herrn Cebir Anwesend von 16:09 Uhr bis 17:09 Uhr
Frau Andrea Feldmann	CDU	
Herr Georg Alexander Fotiadis	DIE LINKE.	
Herr Hermann Morisse	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Barbara Scheidtweiler	SPD	

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Sven Arriens	Fraktionslos	
Frau Anne Beck	Fraktionslos	in Vertretung für Frau Langs-Blöink
Herr Rudolf Martin Heidrich	Fraktionslos	

Herr Thomas Lammers Fraktionslos
Herr Dieter Utsch Fraktionslos

Beratende Mitglieder Integrationsrat

Frau Kalliopi Georgiadou Internationale Liste der SPD

Verwaltung:

Beigeordneter und Stadtkämmerer Sven Haarhaus
Herr Matthias Reuver
Herr Andreas Beckmann
Frau Katja Fernholz-Bernecker
Frau Anke Keller
Herr Michael Tschöke
Frau Sabine Weichler

Schriftführung:

Frau Regina Rudolf

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsfrau Ramona Ullrich SPD
Herrn Güner Cebir SPD

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Frau Bettina Göldner Fraktionslos
Frau Christiane Langs-Blöink Fraktionslos
Frau Jutta Meyer Fraktionslos
Frau Katharina Thimm Fraktionslos

A) Öffentliche Sitzung

Vorsitzende Ratsfrau Szermerski-Kasperek begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Sitzungsunterlagen frist- und formgerecht zugegangen sind, und fragt, ob noch Änderungswünsche zur Tagesordnung vorliegen. Dies sei nicht der Fall.

1. Öffentliche Fragestunde

2. Berichts- und Beschlusskontrolle

Frau Keller erläutert den Sachstand zur Berichts- und Beschlusskontrolle. Sie teilt mit, dass bei der Michael-Ende-Schule die Rechnungen zur Anweisung vorliegen und die letzten Lieferungen angekommen seien. Für die Lieferungen wurde Fristverlängerung beantragt.

3. Zusammenfassung der Machbarkeitsstudien für den Infrastrukturausbau der Offenen Ganztagsbetreuung aus 2021 Vorlage: 243/2022

Herr Reuver erläutert den Schulausschussmitgliedern die Zusammenfassung der Machbarkeitsstudien für den Infrastrukturausbau der Offenen Ganztagschulen anhand der Berichtsvorlage.

Herr Reuver berichtet, dass die Bundesregierung den Anspruch auf ganztägige Betreuung mit dem Gesetz zur ganztägigen Förderung von Kindern im Grundschulalter verankert habe.

Demnach solle ab August 2026 jedes Grundschulkind der ersten Klassenstufe einen Anspruch auf einen entsprechenden Platz in einer ganztägigen Betreuung erhalten. Ab August 2029 wird dann jedes Grundschulkind einen Anspruch auf ganztägige Betreuung haben.

Um dieser neuen Herausforderung gerecht werden zu können und frühzeitig handlungsfähig zu sein, hat die Stadt Lüdenscheid im Jahr 2021 Machbarkeitsstudien veranlasst, um zu untersuchen, inwieweit die jetzigen Offenen Ganztagschulen (OGS) im Stadtgebiet diesem Anspruch gerecht werden können.

Dabei wurden folgende Schulen untersucht:

- Grundschule Tinsberg (extern)
- Knapper Schule (extern)
- Westschule (extern)
- Grundschule Parkstraße (extern)
- Adolf-Kolping-Schule (extern)
- Grundschule Lösenbach (extern/städtisch)
- Grundschule Pestalozzi (städtisch)
- Grundschule Bierbaum (extern)

Die in Auftrag gegebenen Gutachten wurden durch die Förderung des Bundes zum beschleunigten Infrastrukturausbau in Ganztagschulen bezahlt.

Die Grundschule Ida Gerhardi wurde nicht explizit untersucht, da diese erst zum Auftakt des Schuljahres 2021/2022 eröffnet wurde und von Beginn an mit einem offenen Konzept der ganztägigen Betreuung arbeitet, so dass hier keine Kapazitätsprobleme in Bezug auf den Rechtsanspruch entstehen dürften. Ebenso wurde die Erwin-Welke-Schule nicht untersucht, da hier kurzfristig ein Raum für die OGS frei wird, durch die Verlagerung des Jugendtreffs aus der Schule hinaus in das neue Kita-Gebäude „Lenneteich“. Bezüglich der Otfried-Preußler-Schule fand ebenfalls keine Untersuchung statt, da hier an der „externen“ OGS-Betreuung (Hort Gevelindorf und CVJM Jugendfreizeitstätte Rathmecke/Dickenberg) festgehalten wird.

Die Grundschule Wefelshohl wurde wegen ihres aktuellen Raumkonzepts keiner Untersuchung unterzogen, da diese bereits für einen erhöhten Anspruch konzipiert wurde. Die Grundschule Wehberg hat einen externen Standort für die OGS-Betreuung CVJM-Jugendfreizeitstätte „Audreys“ (Im Olpendahl 52, ca. 500 m vom Schulstandort entfernt), weswegen hier keine spezifische Betrachtung erfolgt sei. Das Schulgebäude der Grundschule Lösenbach wurde von einem externen Ingenieurbüro auf deren Statik und Tragfähigkeit untersucht. Auf Grundlage der Ergebnisse dieser Untersuchung erfolgte die temporäre Verlegung der Schule in die Kaiserallee. Eine weitere Beurteilung des Bestandsgebäudes unter OGS-Aspekten erfolgt hier nicht, da zunächst die grundsätzliche Frage über das weitere Vorgehen mit dem Gebäude am Standort Schubertstraße 9 geklärt werden müsse.

Aufgrund einer alternativen Standortlösung in unmittelbarer Nähe der Grundschule Pestalozzi, wurde diese ebenfalls nicht genauer betrachtet, sondern erste Betrachtungen/Planungen von städtischen Mitarbeiter*innen durchgeführt. Inwiefern diese Lösung praktisch umsetzbar sei, befindet sich noch in Klärung. Für den Standort Bierbaum erfolgt aktuell eine Untersuchung des Neubaus von Pavillons und weiterer Alternativen.

Die entsprechenden Untersuchungen der Grundschulen Knapper, Tinsberg, West, Parkstraße und Adolf-Kolping wurden von verschiedenen Architektenbüros aus Lüdenscheid und Umgebung durchgeführt. Hierzu wurde als Grundlage von einer Auslastung der Offenen Ganztagsbetriebe in Höhe von 80 % ausgegangen. Es wurden sowohl Besichtigungstermine vor Ort durchgeführt, als auch Termine mit anderen Behörden zu ersten Absprachen. Nach der Evaluation des Ist-Zustandes der betrachteten Gebäude kamen alle Dienstleister zu dem Schluss, dass keine der Schulen ausreichende räumliche Kapazitäten aufweise, um dem Rechtsanspruch gerecht werden zu können. Teilweise haben die Schulen bereits jetzt eine Warteliste, da die Kapazitäten schon ausgeschöpft seien. Zudem erfordere der jetzige räumliche Bestand bei vielen einen erheblichen Organisationsbedarf sowie die Arbeit mit provisorischen Lösungen.

Auf Grundlage des erarbeiteten IST-Zustandes sowie der Expertisen der Architekten wurden diverse Lösungen aufgezeigt.

Konkret bedeuten diese für die Grundschule Tinsberg sowie die Grundschule Knapper jeweils ein Neubau auf dem Schulgelände, um ausreichend Platz für die zu verankernden Betreuungsplätze zu schaffen. Für die Grundschule Tinsberg wurden demnach in der ersten Berechnungsebene Gesamtkosten in Höhe von ca. 3 Millionen € veranschlagt. Für die Grundschule Knapper ca. 3,1 Millionen €. Bei der Knapper Schule muss hier ebenfalls berücksichtigt werden, dass eine Dreizügigkeit der Grundschule in den kommenden Jahren nicht ausgeschlossen werden könne, da die Innenstadtschulen, auch ohne den Rechtsanspruch der ganztägigen Betreuung, an ihre Grenzen stoßen. Aufgrund der geplanten Mehrzwecknutzung des Neubaus könne dieser zusätzliche Anspruch bereits teilweise mit aufgefangen werden.

Bei der Grundschule Parkstraße sowie der Grundschule Westschule kann der benötigte räumliche Bedarf durch Umbau des bestehenden Gebäudes erzielt werden. Hierfür wurden für die Grundschule Parkstraße Kosten in Höhe von ca. 3,5 Millionen € und bei der Westschule in Höhe von ca. 4 Millionen € veranschlagt. Bei der Adolf-Kolping-Schule wurde von den Architekten ein Anbau vorgeschlagen, womit zusätzlicher Platz geschaffen werden könne. Dieser Anbau belaufe sich nach ersten Berechnungen auf ca. 5,5 Millionen €.

Würden alle Maßnahmen nach Planung der Architekten durchgeführt werden, so würden sich diese auf Kosten in Höhe von ca. 19,1 Millionen € belaufen. In dieser Summe sind noch nicht die aktuellen Steigerungen der Baukosten berücksichtigt. Es handelt sich um Kosten-

schätzungen aus 2021. Zudem sei zu berücksichtigen, dass es sich derzeit lediglich um Machbarkeitsstudien handelt und sich die genaueren Kosten erst bei einer detaillierten weiteren Planung verifizieren lassen. Abweichungen, auch nach oben, können nicht ausgeschlossen werden.

Der Bund hat zugesagt, den Ganztagsausbau über Finanzhilfen zu unterstützen. Die konkrete Summe, welche der Stadt Lüdenscheid aus der geplanten Summe zusteht, sei leider noch nicht bekannt. Die Verwaltung wird einen Fahrplan entwickeln, wie der Rechtsanspruch sowohl finanziell als auch organisatorisch gewährleistet werden könne. Die bauliche, finanzielle und organisatorisch-personelle Dimension, die der Rechtsanspruch auf eine ganztägige Förderung von Kindern im Grundschulalter auslöse, lasse sich dabei nur durch eine Priorisierung der Vorhaben bewältigen.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

4. Digitalisierung der Schulen; hier: Beantragung von Restmitteln aus dem DigitalPakt Schule Vorlage: 237/2022

Frau Keller erläutert den Schulausschussmitgliedern die Beschlussvorlage und teilt mit, dass der DigitalPakt Schule ein bundesweites Förderprogramm sei, in dem in Nordrhein-Westfalen zu rund 99,5 Prozent der den Schulträgern zur Verfügung stehenden 949 Millionen Euro des DigitalPakts Schule durch Anträge bereits gebunden worden sei.

Nach derzeitigem Bewilligungsstand verbleiben landesweit noch ca. fünf Millionen Euro, die derzeit noch nicht durch Anträge gebunden werden konnten. Hiervon entfallen 1.056.138,62 € auf die Bezirksregierung Arnsberg.

Frau Keller teilt mit, dass die Geschäftsstelle Gigabit.NRW den Schulträgern im Oktober dieses Jahres mitteilte, dass nun ein qualifiziertes „Windhundverfahren“ vorgesehen sei, bei dem Haushaltsmittel ausschließlich für die Fördersäule IT-Grundstruktur zur Verfügung gestellt werden sollen.

Nach Nr. 2.1 der RL DigitalPakt NRW handelt es sich hierbei um:

- a) Aufbau oder Verbesserung der digitalen Vernetzung in Schulgebäuden und auf Schulgeländen;
- b) schulisches WLAN;
- c) Anzeige- und Interaktionsgeräte (zum Beispiel interaktive Tafeln, Displays nebst zugehöriger Steuerungsgeräte) zum Betrieb in der Schule, mit Ausnahme von Geräten für vorrangig verwaltungsbezogene Funktionen.

Für die Beantragung der Mittel war in kürzester Zeit ein detaillierter und direkt prüfbarer Antrag zu erarbeiten. Dies war weder für Maßnahmen nach Nr. 2.1 a) noch nach Nr. 2.1 b) der maßgeblichen Richtlinie zeitlich realisier- und umsetzbar. Die Verwaltung hat sich daher nach interner Abstimmung dazu entschieden, mit diesem Antrag die weitere Ausstattung der städtischen Lüdenscheider Schulen mit Anzeige- und Interaktionsgeräten voranzutreiben.

Hierzu wurde eine Blitzabfrage bei den Grund- und weiterführenden Schulen gestartet, um die förderfähigen Bedarfe zu ermitteln. Folgend wurde eine Gesamtübersicht nebst Kostenschätzung erarbeitet. Es wurden dabei Gesamtkosten in Höhe von rd. 185.000 € ermittelt.

Eine Online-Antragstellung konnte, über ein entsprechendes Förderportal vorgenommen

werden. Um in diesem „Windhundverfahren“ zeitnah zu agieren, wurde der Antrag bereits vor der notwendigen Zustimmung des Fachausschusses gestellt. Die Genehmigung für dieses Vorgehen soll nun mit diesem Beschluss nachgeholt werden.

Die Förderung nach dem DigitalPakt Schule verlangt die Einbringung eines 10%igen Eigenanteils. Im vorliegenden Falle also rd. 18.500 €. Die Deckung erfolgt aus Mitteln der Schulpauschale.

Es sei darauf hingewiesen, dass eine fristgerechte Beantragung der Restmittel noch keine Bewilligung durch den Fördergeber darstellt.

Beschluss:

Der Schulausschuss beschließt:

- 1) Die Genehmigung der bereits erfolgten Antragstellung der noch nicht gebundenen Fördermittel aus dem DigitalPakt Schule zur Beschaffung von Anzeige- und Interaktionsgeräten für die Schulen in städtischer Trägerschaft.
- 2) Die Verwaltung wird beauftragt, die Mittel für den einzubringenden Eigenanteil bereitzustellen und - vorbehaltlich einer Mittelbewilligung durch den Fördergeber - das für die Beschaffung notwendige Vergabeverfahren durchzuführen.
- 3) Die Verwaltung wird zudem beauftragt, dem Schulausschuss über den Ausgang des Antragsverfahrens zu berichten.

5. Zwischenberichte zur Zielerreichung im Haushalt 2021 der Fachdienste Musikschule und Volkshochschule Vorlage: 212/2022

Die Verwaltung wurde vom Schulausschuss beauftragt, jeweils rechtzeitig vor den Haushaltsplanberatungen einen Zwischenbericht der Fachdienste Musikschule und Volkshochschule zur Zielerreichung im Haushalt vorzulegen.

In diesem Jahr kommen die Berichte etwas verspätet. Dies ist dem Umzug des Fachdienstes Volkshochschule zurück in das Alte Rathaus bzw. dem Umzug des Fachdienstes Musikschule in das neue Gebäude in der Staberger Str. 2 geschuldet.

Frau Fernholz-Bernecker erläutert den Schulausschussmitgliedern anhand einer Power-Point-Präsentation den Zwischenbericht zur Zielerreichung im Haushalt 2021.

Die entsprechende PowerPoint-Präsentation ist über den Internetauftritt der Stadt Lüdenscheid als Anlage zu TOP 5 der Niederschrift der Sitzung des Schulausschusses vom 11.11.2022 einsehbar. Eine Versendung in Papierform erfolgt nicht.

Herr Tschöke erläutert den Schulausschussmitgliedern die Berichtsvorlage des Fachdienstes VHS zur Zielerreichung im Haushalt 2021.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt die Zwischenberichte der Fachdienste Musikschule und Volkshochschule zur Kenntnis.

6. Bericht der Musikschule (Mündlicher Bericht)

Frau Fernholz-Bernecker erläutert den Schulausschussmitgliedern anhand einer Power-Point-Präsentation die Begeisterung über den Neubau der Musikschule.

Die entsprechende PowerPoint-Präsentation ist über den Internetauftritt der Stadt Lüdenscheid als Anlage zu TOP 6 der Niederschrift der Sitzung des Schulausschusses vom 11.11.2022 einsehbar. Eine Versendung in Papierform erfolgt nicht.

7. Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE - Aussetzung der Elternbeiträge

Herr Fotiadis erläutert den Schulausschussmitgliedern den Antrag über die Aussetzung der Elternbeiträge der Ratsfraktion DIE LINKE.

Herr Reuver nimmt Bezug auf den Antrag und teilt mit, dass eine Berechnung nicht erstellt werden könne.

Ratsfrau Szermerski-Kasperek lässt über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Der Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE wurde mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	1
Nein-Stimmen:	13
Enthaltungen:	0

8. Beratung des Haushalts 2023

8.1. Beratung des Haushalts 2023 - Fachdienst Musikschule

Vorsitzende Ratsfrau Szermerski-Kasperek weist auf die zu dem Tagesordnungspunkt versandten Unterlagen (Änderungslisten zum Verwaltungsentwurf des Haushaltsplanes 2023 und Maßnahmenliste der ZGW über die baulichen Maßnahmen an Schulen 2023) hin und bittet den Schulausschuss um Abstimmung über das Produkt der Musikschule, somit Seiten 352 und 354 des Verwaltungsentwurfs des Haushalts 2023.

Beschluss:

Der Haushaltsentwurf 2023 für den Bereich Musikschule wird einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

8.2. Beratung des Haushalts 2023 - Fachdienst Volkshochschule

Vorsitzende Ratsfrau Szermerski-Kasperek weist auf die zu dem Tagesordnungspunkt versandten Unterlagen (Änderungslisten zum Verwaltungsentwurf des Haushaltsplanes 2023 und Maßnahmenliste der ZGW über die baulichen Maßnahmen an Schulen 2023) hin und bittet den Schulausschuss um Abstimmung über die Produkte der Volkshochschule, somit Seiten 348 und 351 des Verwaltungsentwurfs des Haushalts 2023.

Beschluss:

Der Schulausschuss beschließt den Verwaltungsentwurf des Haushalts 2023 einstimmig.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

8.3. Beratung des Haushalts 2023 - Fachdienst Schule und Sport

Vorsitzende Ratsfrau Szermerski-Kasperek weist auf die zu dem Tagesordnungspunkt versandten Unterlagen (Änderungslisten zum Verwaltungsentwurf des Haushaltsplanes 2023 und Maßnahmenliste der ZGW über die baulichen Maßnahmen an Schulen 2023) hin und bittet den Schulausschuss um Abstimmung über die Produkte des Fachdienstes Schule und Sport, somit Seiten 314 bis 340, Seiten 343 und 344 sowie Seiten 418 bis 422 des Verwaltungsentwurfs des Haushalts 2023.

Frau Keller erläutert den Schulausschussmitgliedern die Produkte für den Fachdienst Schule und Sport.

Beschluss:

Der Schulausschuss beschließt den Verwaltungsentwurf des Haushalts 2023 einstimmig.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

9. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

9.1. Bekanntgaben

Keine.

9.2. Beantwortung von Anfragen

Keine.

9.3. Anfragen

Ratsherr Stach fragt bezüglich der Absolvierung von Sportabzeichen und weist darauf hin, dass die Teilnahmen der Schulen abgenommen haben. Er erfragt, ob die Verwaltung die Schulen noch einmal darauf hinweisen könne.

Ratsfrau Szermerski-Kasperek teilt mit, dass sich die Personalsituation zurzeit am Zeppelin-Gymnasium verbessert habe, Herr Jaques teilte in der Sitzung des Kuratoriums Zeppelin-Gymnasium mit, dass die Lehrkräftesituation aktuell befriedigend sei.

Ratsfrau Szermerski-Kasperek fragt die Schulausschussmitglieder, wie es an den anderen Schulen zurzeit aussehe.

Herr Reuver teilt mit, dass die Versetzungsanträge nicht das Problem seien. Die Neubesetzungen seien das Problem.

Ratsherr Stach ergänzt zu dem Beitrag von Herrn Reuver, dass die Personalsituation im Zeppelin-Gymnasium derzeit so gut sei, da es die Versetzungsanträge von außerhalb nach Lüdenscheid gegeben habe.

Herr Utsch teilt mit, dass die Personalangelegenheiten sehr angespannt seien, da sich Personen aus umliegenden Städten zurzeit nicht bewerben.

Herr Utsch teilte auch mit, dass wenn Referendarinnen und Referendare nach Lüdenscheid geschickt werden, diese die Stelle nicht antreten.

Ratsherr Adam berichtet den Schulausschussmitgliedern, dass dies nicht nur ein Problem der Schulen in Lüdenscheid seien, sondern es die komplette Wirtschaft in Lüdenscheid betreffe.

Herr Utsch erläutert den Schulausschussmitgliedern noch eine Anfrage bezüglich des Förderprogramms „Ankommen und Aufholen nach Corona“. Er teilt mit, dass eine Verlängerung beschlossen wurde und das Programm bis zum Sommer 2023 verlängert worden sei. Die Anträge sollen daher fristgemäß erfolgen, um die Fördermaßnahmen in Anspruch zu nehmen.

Herr Reuver berichtet, dass zurzeit die Personaldecke sehr dünn sei, aber die Beantragungen trotzdem bearbeitet werden. Seit Beginn der Pandemie habe der Fachdienst Schule und Sport ca. 15 Förderprogramme betreut und abgewickelt.

Dies wurde von allen Schulausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

B) Nicht öffentliche Sitzung

1. Berichts- und Beschlusskontrolle

Keine.

2. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

2.1. Bekanntgaben

Keine.

2.2. Beantwortung von Anfragen

Keine.

2.3. Anfragen

Keine.

gez. Frau Szermerski-Kasperek
Vorsitzende

gez. Frau Rudolf
Protokollführerin